

Kann Ungleichheit gerecht sein?

Hier liegt ein Problem. Traditionell hat soziale Gerechtigkeit viel mit Gleichheit zu tun. John Rawls, der kürzlich verstorbene liberale Sozialphilosoph, meint beispielsweise, und das ist eine moderate, nicht allzu egalitäre Sicht, dass mit sozialökonomischer Gerechtigkeit nur solche Ungleichheiten vereinbar sind, die „zu jedermanns Vorteil dienen“. Auch andere halten soziale Ungleichheiten nur insofern für vereinbar mit sozialer Gerechtigkeit, als sie sich rechtfertigen lassen im Hinblick auf übergeordnete Kriterien wie Produktivität, gesellschaftliche Entfaltung, individuelle Freiheit und allgemeines Wohl. Auch von sozialdemokratischen Grundwerten her wird so argumentiert, beispielsweise von Thomas Meyer. Wenn man es so oder so ähnlich sieht, fällt es zweifellos schwer, die in unseren Gesellschaften und international zu beobachtende wachsende Ungleichheit der Einkommens-, Vermögens- und Lebenschancenverteilung als gerecht zu begreifen. Gerade wenn man den kleinen Leuten Einschränkungen zumutet, verlangt es die soziale Gerechtigkeit, auch der schmalen Schicht der Begüterten Einschränkungen zuzumuten. Vermögens- und Luxussteuer haben ihren Gerechtigkeitswert, auch wenn sie finanziell nur wenig einbringen.

Trotzdem: eine moderne Gerechtigkeitspolitik sollte Umverteilung mit dem Ziel größerer ökonomischer Gleichheit klein schreiben. Erstens lässt sich das Ziel bei Aufrechterhaltung der Freiheit nur schwer erreichen, erst recht unter Bedingungen der Globalisierung und der immer möglichen Abwanderung großer Vermögen ins nächste Land. Zweitens kann die Verfolgung des Gleichheitsziels die Erreichung der anderen, vorher genannten, vorrangigen Gerechtigkeitsziele erheblich erschweren oder gar unmöglich machen. Und drittens scheint mir wichtiger, dass es allen besser geht, als dass die Unterschiede zwischen ihnen verringert werden. Ungleichheit auf hohem und wachsendem Gesamtniveau scheint mir menschenfreundlicher als Gleichheit auf tiefem, stagnierendem Niveau. Zum Sozialstaat gehört zwar immer ein Stück Umverteilung dazu. Doch der moderne Sozialstaat sollte primär nicht auf größere Gleichheit der Lebensbedingungen zielen, sondern auf die soziale Einbeziehung, die Teilhabe aller.

Die hier vorgeschlagene Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit grenzt sich nach zwei Seiten hin ab. Für gescheitert halte ich die Visionen von sozialer Gerechtigkeit, die primär auf staatlich gewährleistete Sicherheit, Durchorganisation und Gleichheit abzielen. Sie scheitern, weil sie zuviel staatliche Gängelung implizieren und entweder zum Abbau der Freiheit oder zur Erstickung der gesellschaftlichen Dynamik oder zu beidem führen. Sie verlangen mehr vom Staat, als er kann. Sie widersprechen dem Leitbild des mündigen Bürgers, der mündigen Bürgerin im Sinn von *citoyen* und *citoyenne*¹.

Für unzureichend halte ich andererseits die Vision, gemäß der sich soziale Gerechtigkeit aus einer Vielzahl individueller Entscheidungen und Handlungen auf Märkten ergäbe. Die auf individuellem Vorteil, Tausch und Kalkül gegründete Rationalität des Marktes reicht weit. Doch sie führt zu unakzeptablen Ungleichheiten in und zwischen den Gesellschaften. Sie verbürgt weder Nachhaltigkeit noch Solidarität. Sie setzt gesellschaftlichen Zusammenhalt voraus, aber sie schafft ihn nicht selbst. Zur Begründung und Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit reicht der Markt allein nicht aus.

Auszug: *Der Essay basiert auf einem Vortrag, gehalten am 13.3.2003 auf Einladung der Bundestagsabgeordneten des Netzwerks Berlin im Reichstagsgebäude.*

Prof. Dr. Jürgen Kocka

geboren: 1941 ist Historiker an der Freien Universität Berlin und Präsident des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung.

¹ Citoyen (m); Citoyenne (f): Bürger bzw. Staatsbürger, der in der Tradition und im Geist der Aufklärung aktiv und eigenverantwortlich am öffentlichen Leben teilnimmt.